

Unternehmer-offensive stoppen



Für die sofortige Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich in der ostdeutschen Metallindustrie!

Zwölf Jahre nach der Wiedervereinigung fordern die Metall-Beschäftigten in Ostdeutschland die Einführung der 35-Stunden-Woche und damit die Angleichung der Ost-Arbeitszeit an das Westniveau. Schon sehen die Unternehmer, ihre Politiker und die Medien im Osten den Untergang des Abendlandes kommen. Diese Hetzkampagne richtet sich nicht nur gegen die streikenden Metaller im Osten. Die Herren in den Chefetagen haben Blut geleckt. Nachdem sie solange auf die Gewerkschaften eingepöbeln haben, glauben sie jetzt das Rad der Geschichte zurückdrehen zu können. Alle Errungenschaften der Arbeiterbewegung stehen unter Beschuss. Frühkapitalistische Verhältnisse sollen geschaffen werden. Die Blockadehaltung der Arbeitgeber in der ostdeutschen Metallindustrie geht einher mit Sozialkürzungen in den Kommunen und mit Schröders Agenda 2010 im Bund, dem größten Sparpaket in der Geschichte der BRD.

Der Streik der Ost-Metaller ist berechtigt

Im Jahr Zwölf nach der Vereinigung sind die Kolleginnen und Kollegen in Ostdeutschland noch immer Beschäftigte zweiter Klasse. Nachdem die Einführung der Marktwirtschaft zwei Drittel aller Industrie-arbeitsplätze ausstrahlt hat, nutzen die Unternehmer die Ost-KollegInnen bis heute als Billig-Arbeitskräfte aus: Während der durchschnittliche



Stundenlohn in der westdeutschen Metallindustrie 16,12 Euro brutto beträgt, bekommen die Metaller im Osten nur 11,32 Euro. Gleichzeitig müssen sie Woche für Woche drei Stunden länger arbeiten. Was ist der Unterschied zwischen einer 35-Stunden- und einer 38-Stunden-Woche, auf zwölf Nach-Wende-Jahre gerechnet? Ein ganzes Jahr! Soviel mussten die Ost-Metaller mehr malochen.

Produktivität?

Angeblich sind die Ost-Betriebe nicht produktiv genug. Stimmt das? Diese Behauptung ist eine Lüge, die auch nicht wahrer wird, wenn die Arbeitgeber uns dieses Märchen immer wieder aufs Neue auftischen. Die Lohnstückkosten (die Lohnkosten auf das einzelne Produkt bezogen) sind in der ostdeutschen Industrie im Schnitt sogar zehn Prozent niedriger als im Westen.

Wirtschaftskrise?

Müssen wir nicht alle den Gürtel enger schnallen? Von wegen. Warum werden zum Beispiel nicht die Vermögen der hundert reichsten Familien im Land, die sage und schreibe 250 Milliarden Euro auf der hohen Kante haben, angetastet? Diejenigen, die von „Solidarität“ mit den Armen und Arbeitslosen schwafeln, wehren sich mit Händen und Füßen gegen eine Vermögenssteuer. Und fordern sogar immer neue Unternehmergeschenke und Steuervergünstigungen ein. Dazu kommt, dass einige der großen Autokonzerne, die sich durch den Metallerstreik schon am Rande des Ruins sehen, weiterhin absahnen. So hat DaimlerChrysler letztes Jahr 6,9 Milliarden Euro Profit gemacht.

Wer ist verantwortlich für die Krise?

Was ist dran an der Behauptung, dass die Ost-KollegInnen in ihrem Kampf für die 35-Stunden-Woche den Wirtschaftsaufschwung kaputt streiken? Tatsache ist: Es sind die Unternehmer, die nichts „unternehmen“. Tatsache ist: Es sind (zum Großteil westdeutsche) Konzernbosse, die kaum noch investieren, die Produktion drosseln und massenhaft Arbeitsplätze vernichten – nicht ostdeutsche Metaller. Allerdings ist diese Krise nicht nur auf den Investitionsboykott der Bosse zurückzuführen, sondern hat System: Das System heißt Kapitalismus und ist unfähig, allen Menschen einen vernünftigen Ausbildungs- und Arbeitsplatz zu sichern und eine sorgenfreie Existenz zu gewährleisten.

Arbeitszeitverkürzung schafft Arbeitsplätze!

Der Spiegel schimpft den Streik der Ost-Metaller einen „Wahnsinnsstreik“. Wahnsinn ist etwas anderes: Wahnsinn ist es, wenn die einen sich dumm und dusselig arbeiten müssen (im Schnitt aller Lohnabhängigen bundesweit 44 Stunden, die Überstunden miteingerechnet), und auf der anderen Seite Millionen zum Nichtstun verdammt sind. Daher kann die Einführung der 35-Stunden-Woche auch nur ein erster Schritt sein, um die Massenarbeitslosigkeit zu beseitigen. Wenn die notwendige Arbeit auf alle aufgeteilt würde, könnte die Arbeitszeit drastisch reduziert werden.

SAV Sozialistische
Alternative

Infos, Kontakt & ViSDP:
H. Dröge, c/o SAV,
Littenstr. 106/107,
10179 Berlin,
030 / 247 238 02

www.sozialismus.info

Zur Beseitigung der Erwerbslosigkeit brauchen wir weitere Arbeitszeitverkürzungen – bei vollem Lohn- und Personalausgleich. Das ist auch finanzierbar. Immerhin haben sich die Unternehmergewinne seit 1980 verdoppelt, während die Einkommen von Otto-Normalbeschäftigten im gleichen Zeitraum stagnierten.

Der Wirtschaftsaufschwung der letzten Jahre ist an der arbeitenden und arbeitslosen Bevölkerung im Osten völlig vorbeigegangen. Aber auch die ArbeiterInnen und Arbeitslosen im Westen haben nicht viel davon gehabt. Jetzt sollen wir für die Krise blechen. Die Kapitalisten und ihre Politiker jammern, dass sie sich keine Arbeitszeitverkürzungen und Tariflöhne leisten können. Wir wissen nur eins: Wir können uns kein Wirtschaftssystem mehr leisten, in dem die Beschäftigten an Arbeitshetze kaputtgehen, während Millionen keine Hoffnung auf einen Arbeitsplatz haben.

Ein Erfolg im Metaller-Streik wäre ein Erfolg für alle KollegInnen in Ost und West

Die Berliner BZ titelte: „*Metaller außer Rand und Band*“. Arbeitgeber-Vertreter Kannegießer tönte, dass der Streik „*absurd*“ sei. Beim Dresdener Autozulieferer Federal Mogul ließ die Unternehmenseite Streikbrecher per Hubschrauber einfliegen. Gleichzeitig ergriffen die Gerichte Partei gegen die Gewerkschaften, in dem sie dem IG Metall-Vorsitzenden Zwickel drei Monate Haft androhten. Wann hat es solch ein Vorgehen gegen streikende KollegInnen schon mal gegeben? Damit soll ein Exempel statuiert werden. Das Streikrecht wird offen in Frage gestellt. Das bedeutet nichts geringeres als eine Kriegserklärung gegen die ganze Arbeiterbewegung.

Das Arbeitgeberlager führt den Konflikt mit allen Mitteln. Gemeinsam mit der rot-grünen Bundesregierung (und den Unions-Politikern) haben sie zu einer Generaloffensive gegen Arbeitnehmerrechte geblasen: Schaffung eines Niedriglohnsektors, Ausbau der Zwei-Klassen-Medizin, Aufweichung des Kündigungsschutzes, Förderung von Altersarmut...

Das Ziel der Herrschenden ist keine Angleichung von Ost- an Westverhältnisse. Im Gegenteil. CDU-Chefin Merkel und SPD-Wirtschaftsminister Clement haben mitten im Arbeitskampf längere Arbeitszeiten im Westen gefordert. Darum geht der Streik der Ost-Metaller alle Kolleginnen und Kollegen in Ost und West an. Wenn der Streik verloren geht, dann werden die Kannegießers, Merkels und Clements ihre Rotstiftpolitik auch im Westen noch entschlossener fortsetzen.

Kampfkraft voll nutzen

Verteidigung des Streikrechts in Ost und West

Medienhetze, Politikerschelte und Gerichtsbeschlüsse gegen Streikende – das stellt eine Kampfansage an alle KollegInnen in Ost und West dar. Wenn Recht zu Unrecht wird, dann wird Widerstand zur Pflicht. Die Arbeiterbewegung hätte heute noch kein Streikrecht, wenn sie in der Vergangenheit nicht dafür gekämpft – und gestreikt – hätte. Statt fauler Kompromisse muss der Streik ausgedehnt werden. Die Westmetaller müssen einbezogen werden, um Solidarität zu leisten und um die Interessen aller KollegInnen zu verteidigen. Es geht um gleichen Lohn für gleiche Arbeit. Wenn der Streik verloren geht, droht eine Abwärtsspirale. Entscheidend ist, dass Streiks im Westen über Betriebsversammlungen und die Bildung von Streikkomitees gut vorbereitet werden und die KollegInnen sich massiv daran beteiligen.

Ein erster Schritt könnten mehrstündige Versammlungen der Belegschaften wie in Salzgitter sein.

Für eine Solidaritätskampagne in Westdeutschland

Um zu verhindern, dass die Ost-Metaller isoliert werden, sind auch im Westen Streikmaßnahmen nötig. Zur Vorbereitung sollten in allen West-Betrieben sofort Versammlungen stattfinden. Außerdem sollte die IG Metall Ost-KollegInnen auf Veranstaltungen einladen und nicht nur vereinzelt, sondern in allen Städten regelmäßig Busfahrten zur Unterstützung der Streikenden im Osten anbieten.

Fritz, Opel-Beschäftigter in Eisenach, im Online-Forum der IG Metall:

„Ich möchte die schlauen Leute, die schlauen Leute, die sich über unsere Forderung lustig machen, herzlich zu drei Wochen Urlaub am Fließband bei Opel mit Über-Kopf-Arbeit einladen! Ich bin sogar für die 30-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich.“

In diesem Arbeitskampf geht es nicht nur um die Interessen der Metaller in Ost und West, sondern um die Interessen aller ArbeiterInnen, Arbeitslosen und Jugendlichen bundesweit. Darum sollten die Gewerkschaften flächendeckend Flugblattverteilungen, Informationsstände und Veranstaltungen durchführen.

Für einen Vollstreik in der ostdeutschen Metallindustrie

Wenn der Streik erfolgreich sein soll, wenn die Unternehmeroffensive – in Ost und West – gestoppt werden soll, dann muss die ganze Kampfkraft in die Waagschale geworfen werden. In der vierten Streikwoche müssen große Westbetriebe von BMW und VW die Produktion drosseln. Das zeigt, dass ohne die Beschäftigten nichts läuft. Nach wie vor gilt: Alle Räder stehen still, wenn der starke Arm es will. Die Gewerkschaften sind noch immer die potenziell stärkste Kraft in der Gesellschaft. Aber IG Metall-Chef Zwickel nutzt diese Kraft nicht, wenn er einen Betrieb wie ZF Brandenburg aus dem Streik rausnimmt, wenn er faule Kompromisse vorschlägt (konkret, dass die Ost-Beschäftigten die drei Stunden für Qualifizierung nutzen sollen). Mit dem Abschluss von Haustarifverträgen lässt die IGM-Spitze die Streikfront weiter bröckeln und erhöht das Risiko, dass am Schluss einzelne Belegschaften im Regen stehen könnten.

Ein Vollstreik aller ostdeutschen KollegInnen ist die beste Waffe, die Unternehmer in die Knie zu zwingen. Darum sollten auch in den übrigen Ost-Bundesländern Streik-Urabstimmungen durchgeführt werden. Wenn zum Beispiel ein Betrieb wie Opel Eisenach am Streik beteiligt würde, dann ließe sich der ökonomische Druck enorm erhöhen.

Für einen eintägigen Generalstreik gegen Sozialkahltschlag

Die Gewerkschaften haben die Macht, zu demonstrieren, dass der gesamte gesellschaftliche Reichtum auf der Arbeit der Beschäftigten in den Betrieben beruht. Bei den bisherigen vereinzelt Protesten gegen Unternehmervillkür und gegen die Regierungspläne wurde diese Kraft nicht gezeigt. Um Schröder und seine Unternehmerfreunde zu stoppen, um die Benachteiligung der Ost-KollegInnen zu überwinden, um die Umverteilungspolitik von unten nach oben aufzuhalten und endlich umzukehren, helfen verzettelte Aktionen nicht weiter. Ein eintägiger Generalstreik gegen den Generalangriff auf die arbeitende Bevölkerung dagegen wäre die beste Kampfmaßnahme, um die Gewerkschaften aus der Defensive führen.

Informieren und Mitmachen:

www.sozialismus.info
oder ☎ (030) 24 72 38 02

Mach mit bei der SAV

Ich möchte ...

- ... weitere Informationen über die SAV
- ... Mitglied der SAV werden

Name, Telefon

Adresse

Einsenden an: SAV, Littenstr. 106/107, 10179 Berlin

